



Bericht aus Berlin

10 / 2011

Der Deutsche Bundestag verabschiedet sich mit Ende dieser Sitzungswoche in die Sommerpause. Ab September werden Sie in gewohnter Form wieder meinen Bericht aus Berlin erhalten. Vorerst wünsche ich Ihnen eine schöne Sommerzeit und ein paar erholsame Tage sowie viel Freude bei der Lektüre der Ausgabe Nummer 10 meines Berichts aus Berlin

Ihr

Aus dem Plenum

40 Jahre Städtebauförderung

In seiner Rede zum 40jährigen Bestehen der Städtebauförderung erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagfraktion Peter Götz: „Es ist unanständig von der SPD, erst die Kommunen in ihren Ländern ausbluten zu lassen und anschließend den Bund zur Rettung aufzufordern. Tatsächlich entlastet der Bund die Kommunen mit der schrittweisen Kostenübernahme der Altersgrundsicherung (SGB XII) allein bis 2015 in Höhe von 12,2 Milliarden Euro. Zusätzlich zu den 410 Millionen Euro Städtebaufördermittel für das kommende Jahr plant die Bundesregierung 92 Millionen Euro aus dem Energie- und Klimafonds für die energetische Stadtsanierung ein. Die Bauministerkonferenz fordert einstimmig, die vorgesehenen Mittel der KfW zur energetischen Stadtsanierung in die bewährte Systematik der gemeinsamen Städtebauförderung einzugliedern. Das ist eine Aufforderung der Länderbauminister an ihre eigenen Landesregierungen, die 92 Millionen Euro des Bundes durch weitere 92 Millionen Euro der Ländern aufzustocken.“

Es ist peinlich, wenn Schlüsselzuweisungen SPD-geführter Länder – wie vom Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz festgestellt – nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine angemessene kommunale Finanzausstattung erfüllen. Seit in Baden-Württemberg Grün-Rot regiert, wird auch dort versucht, über den kommunalen Finanzausgleich die positive finanzielle Entwicklung der baden-württembergischen Städte, Gemeinden und Kreise abzuschöpfen.“

Weitere Informationen: www.goetzpeter.de

Begrenzte Präimplantationsdiagnostik beschlossen

Der Bundestag hat sich nach rund vierstündiger Schlussdebatte am Donnerstag für eine begrenzte Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) entschieden. Die beiden anderen Entwürfe, die ein Verbot genetischer Untersuchungen der Embryonen außerhalb des Mutterleibes vorsahen, fanden keine Mehrheit. Alle drei Gesetzentwürfe waren mit Beteiligung von Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion entstanden. Das verabschiedete Gesetz stammt von einer fraktionsübergreifenden Gruppe von Abgeordneten um Peter Hintze (CDU), Ulrike Flach (FDP) und Carola Reimann (SPD). Es erlaubt die PID nur dann, wenn Paare die Veranlagung zu einer schwerwiegenden Erbkrankheit in sich tragen oder wenn ihnen eine Tot- oder Fehlgeburt droht. Voraussetzung für den Embryontest ist in jedem Einzelfall die vorherige Zustimmung einer Ethikkommission sowie eine Beratung der Betroffenen. Zudem soll die PID nur in speziell dafür zugelassenen Zentren erfolgen. Angestoßen wurde die Debatte über eine gesetzliche Neuregelung durch ein Urteil des Bundesgerichtshofs. Wie bei allen grundsätzlichen Fragen um Leben und Tod war auch bei dieser Entscheidung die Fraktionsdisziplin aufgehoben.

Peter Götz stimmte für ein Verbot der PID. „Als Christdemokrat habe ich mich in meiner Entscheidung vom christlichen Menschenbild leiten lassen, das jeden Menschen in seiner Würde und Einzigartigkeit annimmt“, so Götz. Auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder gehört zu den Gegnern der PID. Er warnte vor der Zulassung der PID, weil sie „brutale Konsequenzen“ haben könnte und im Endeffekt die Selektion menschlichen Lebens bedeute.

Weitere Informationen: www.cdusu.de

Wussten Sie schon, ...?

... dass der Bundestag nicht auf Sand gebaut ist?

Bis heute wird das Fundament des Reichstagsgebäudes von Eichenpfählen aus den 1890er Jahren der Erbauung getragen. Lediglich für die neue, 1.200 Tonnen schwere Glaskuppe wurden zwölf massive Betonsäulen hinzugefügt.

(Quelle: Deutscher Bundestag, Fakten, Der Bundestag auf einen Blick)

Nachrichten

Schüler der Maria-Victoria-Schule zu Gast bei Peter Götz

Die Abschlussfahrt der Klasse 9 der Maria-Victoria-Schule (MVS) aus Ottersweier führte nach Berlin, wo die Schüler ein interessantes und vielseitiges Programm erwartete. Auf Einladung von Peter Götz hatten die Hauptschüler auch Gelegenheit das politische Berlin näher in Augenschein zu nehmen. Nach einem Vortrag auf der Besuchertribüne im Plenarsaal des Reichstages trafen Sie auf den CDU-Politiker. Götz gab zunächst einen kurzen Überblick über seine Arbeit und den umfangreichen Terminkalender in einer Sitzungswoche. Im Anschluss wurde gemeinsam über Themen der aktuellen Bundespolitik sowie der mittelbadischen Heimat diskutiert.



Peter Götz und die Klasse 9 der MVS im Reichstagsgebäude



Besonders freute sich Götz über den Bildband zur historischen Entwicklung und zum Werdegang der Maria-Victoria-Schule, welcher - mit einer persönliche Widmung von Rektor Günther Köninger versehen - von der Klassensprecherin überreicht wurde. Im Anschluss hatten die Schülerinnen und Schüler noch die Gelegenheit, die Kuppel zu besichtigen.

Bühler JU-Vorsitzender zu Besuch in Berlin

Der Bühler JU-Vorsitzende Sebastian Karcher nutzte den Beginn der Sommerferien, um den mittelbadischen Bundestagsabgeordneten Peter Götz eine Woche lang bei seiner Arbeit in Berlin zu begleiten. Der 16-jährige Schüler absolvierte ein Praktikum. Auf seinem Programm standen die Teilnahme an einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik sowie des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Ein besonderes Highlight war der Besuch der Fraktionssitzung der CDU/CSU, bei der er die Bundeskanzlerin persönlich miterleben durfte.

„Die meisten denken, Politik spielt sich nur im Plenum ab, aber die wenigsten wissen, was im Hintergrund alles parallel abläuft“, so Karcher zum Abschluss seiner Woche in Berlin.



Peter Götz und Sebastian Karcher im Abgeordnetenbüro / Jakob-Kaiser-Haus



Sebastian Karcher auf der Fraktionsebene im Reichstagsgebäude

Natürlich durfte auch nicht die Mitverfolgung einiger Debatten des Plenums – darunter die 2./3. Lesung zur Präimplantationsdiagnostik – auf dem Programm fehlen.

Peter Götz, MdB, berichtet aus Berlin

Wann? 14. Juli 2011, um 19.30 Uhr

Wo? In der Pfeffermühle in **Gaggenau**, Schillerstraße 1

Einige interessante Daten und Fakten...

Bildungsniveau in Deutschland steigt

Das allgemeine Bildungsniveau ist in den letzten Jahren in Deutschland deutlich gestiegen. Erreichten im Jahr 2000 noch 25% aller Schüler die Hochschulreife, so waren es im Jahr 2009 bereits 30%. Im selben Zeitraum ging auch der Anteil der Schulabbrecher merklich zurück. Er sank von 8,5% im Jahr 2004 auf 7,0% im Jahr 2009. Hingegen stieg der Anteil der Gymnasiasten von 23% auf 30%. Gleichzeitig stieg auch das Leistungsniveau merklich: Die 15-jährigen deutschen Schüler haben sich zwischen 2000 und 2009 um 13 Punkte im PISA-Testbereich Lesen gesteigert. In den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaften liegt Deutschland inzwischen sogar über dem OECD-Durchschnitt. Auch Kinder von Migranten werden heute erheblich besser gefördert. Betrug der Abstand im Testbereich Lesen zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund im Jahr 2000 84 Punkte, so waren es 2009 56. Was den Bereich der beruflichen Bildung betrifft, so sind dort inzwischen mehr offene Stellen als

unversorgte Bewerber zu verzeichnen. Für 2011 ist zudem mit einer weiteren Verbesserung zu rechnen. Die Anzahl der betrieblichen Ausbildungsverträge stieg von 518.506 im Jahr 2009 auf 519.030 im Jahr 2010. Hingegen sank die Zahl der Altbewerber um einen Ausbildungsplatz um 30% – von 262.817 in 2008 auf 184.745 in 2010. Den BAföG-Höchstsatz hat die Union in dieser Wahlperiode auf 670 € erhöht. Er liegt jetzt 15% höher als unter der letzten rot-grünen Bundesregierung. Auch die Zahl der BAföG-geförderten Studenten, die einen Teil ihres Studiums im Ausland verbringen, ist signifikant gestiegen. Sie hat sich zwischen 2005 und 2009 von 13.000 auf 26.000 verdoppelt. Mit dem Hochschulpakt 2020 von Bund und Ländern sind mit Blick auf die Aussetzung der Wehrpflicht und doppelte Abiturjahrgänge zusätzliche Studienplätze geschaffen worden. Inzwischen studieren 46% eines Jahrgangs, 2005 waren es nur 27%. (Quelle: BMBF)

Arbeitslosigkeit sinkt weiter

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im Juni um weitere 67.000 auf 2.893.000 gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr waren im Juni somit 255.000 weniger Arbeitslose registriert. Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,1% auf 6,9%. Im Vorjahr betrug sie 7,5%. Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes haben auch Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter zugenommen und liegen über dem Vorjahresniveau. So ist die Zahl der Erwerbstätigen im Mai saisonbereinigt um 34.000 gestiegen und die der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im

April um 47.000. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag im April nach der Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit bei 28,23 Millionen; gegenüber dem Vorjahr war das ein Zuwachs von 680.000. Dabei hat die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung im Vorjahresvergleich um 414.000 und die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung um 264.000 zugenommen.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit und Statistisches Bundesamt)